

Tagung „Repression und Eigensinn“ am 3. März 2009 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Eröffnungsrede Dr. Jan Hofmann

Etwas Unglaubliches war geschehen im Jahr 1989. Durch die rasanten politischen Veränderungen in Osteuropa stürzten in diesem heißen Herbst nicht nur die äußeren, sondern vor allem auch die inneren Mauern in Ost und West. Europa erwachte aus seinem Dornröschenschlaf und verspürte plötzlich, wie unzulänglich die bisherigen Vorstellungen von einem europäischen Haus oder einer europäischen Gemeinschaft waren. Die Deutschen in Ost und West hatten jeweils ihre eigenen Vorstellungen von einem Europa.

Nun war sie da, die neue Freiheit – grenzenlos, zum Anfassen! In einer Inhaltsanalyse von Reformkonzepten aus der Wendezeit wurden Bildungsvorstellungen sichtbar, die von der Französischen Revolution bis in die Stuben der Reformpädagogen des frühen 20. Jahrhunderts reichten. Die Themen dieser Papiere, die von Freiheit, Mündigkeit und Selbstbestimmung reichten, ähnelten denen, die auch schon in den späten 60er Jahren in der alten Bundesrepublik die Bildungsdebatte bestimmten.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem DDR-Bildungskonzept gehörte seinerzeit wie selbstverständlich in die öffentliche Diskussion (ich erinnere an Christa Wolfs Buch „Angepasst oder mündig“). Wenn trotz dieser kritischen Bilanz sich die Menschen im Herbst 1989 erhoben haben, dann ist das zu verstehen, wenn man den Diskurs, den Helmut Becker und Theodor Adorno 1967/68 im Hessischen Rundfunk führten, verfolgte. In einem dieser Dialoge sagt Becker: „Es gehört gewissermaßen zu den Irrationalitäten der Pädagogik, dass wir entscheidende pädagogische Initiativen völlig falschen Theorien zu verdanken haben“. D. h., dass sich „aus falscher Theorie richtige Praxis“ ergibt.

Zwei Begriffe sind es, die dazu beitragen, die DDR-Gesellschaft zu verstehen: „Ideologie“ und „Mobilisierung“.

Zunächst zur Ideologie. Ein geschlossenes System verständigt sich über sich selbst. Das funktioniert über Selektion und Kombination von Aussagen zur Kapitalismuskritik. Daraus wird die Illusion erzeugt, eine Beschreibung des sozialistischen Systems zu haben, das lediglich weiterentwickelt werden müsse.

Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und Ideologie wird dann zu überbrücken versucht durch Zielprojektionen, die auf einen perfekten und gerechten Kommunismus aus sind. Diese Theorie ist ebenfalls Produkt der Ideologie. Diese scholastische Kunstfigur der Ideologie vermittelt sich über Zitate, liturgische Redundanz und ständige Wiederholungen.

Mit anderen Worten: Der ideologische Apparat der Gesellschaft war proportional so groß, wie die Möglichkeit der Reflexion von Realität klein war.

Sodann zur Mobilisierung. Der Machtanspruch der monopolitischen Parteizentrale funktionierte nur über den Ausschluss der Möglichkeiten der Gesellschaft, Selbst- und Eigendynamik zu entwickeln (Prinzip des demokratischen Zentralismus).

Die Gesellschaft musste aber ständig von der Parteizentrale in Gang gehalten werden. Dies erfolgte über Kampagnen, Appelle, Erziehung der Massen, Pädagogisierung der ganzen Gesellschaft.

Der Irrtum der Parteiführung bestand vor allem darin, zu glauben, dass im Aktionismus der Kampagne der Grund für bewusstes individuelles Handeln zu suchen sei. Bewusstes individuelles Handeln und Leben entstand aber vielmehr in den vielfältigen Nischen der Gesellschaft.

In der Bürgerbewegung der Wendetage wurde auch nach Begründungen gesucht, warum viele Bürger der DDR trotz gleicher oder ähnlicher Sprache so verschieden von den Bürgern der alten Bundesrepublik waren. Einen Erklärungsansatz lieferte seinerzeit eine Gruppe der „Volksinitiative Bildung“, die sich etwas genauer mit dem Begriff des Hospitalismus beschäftigte.

Er stammt aus der Schulmedizin und bezeichnete ursprünglich jene unvorhersehbaren Wirkungen medizinischer Intervention, die manchmal die antizipierten Folgen, auf die wir fest gerechnet haben, wieder aufheben (zum Beispiel Wundbrand nach erfolgter Operation durch bakterielle Infektion). Abgeleitet von dieser Begriffsbestimmung gibt es psychosoziale Hospitalismussyndrome, diagnostiziert bei Menschen, die in relativ geschlossener sozialer Umgebung aufwachsen und leben (Heime, Internate, Gefängniszellen etc.).

Typisches Signum dieser Enge ist die allgemein vorherrschende Reizarmut. Wahlmöglichkeiten und Freiräume, zwischen Alternativen zu entscheiden, sind ausgeschlossen, Variantendenken fällt dem Reglement eines geordneten und geplanten Lebensverlaufs zum Opfer. Verhalten wird in erster Linie nach Konformität mit den gestellten Anordnungen bewertet. Die Folgen solcher Entwicklungen sind im motorischen Bereich Plumpheit und Poltrigkeit als Mangel an Eleganz und Lockerheit, im vegetativen Bereich Unempfindlichkeit gegenüber Kälte und Hitze, im sozialen Bereich Mangel an Einfühlungsvermögen, mangelnde Individualität beziehungsweise Neigungen zu Uniformiertheit, Egoismus und Eigennutzdenken, eingefahrener Denkdogmatismus in Schwarz-Weiß-Schablonen, simpler Wortschatz, gerichtet nur auf konkret Anschauliches.

Die Gruppe folgerte daraus, dass diese Symptome nur allzu bekannt seien und sie unterstellten die Frage, ob nicht Hospitalismus sich längst in der gesamten DDR-Gesellschaft etabliert habe.

Um diese Frage zu beantworten, war es unumgänglich, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland jener Zeit bezogen auf den Bildungskanon kurz zu benennen.

Gemessen an westlichen Maßstäben hatte der DDR-Bildungskanon nach Auffassung von Bildungsforschern und anderen Experten drei große Defizite:

- die mangelhafte Vermittlung von Fremdsprachen,

- die musisch-ästhetische Bildung und Erziehung, insbesondere die europäische Kunst- und Kulturgeschichte sowie die kreativen Elemente dieses Bildungsbereichs
- die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften. Diese waren in der DDR einseitig marxistisch-leninistisch geprägt; die Geschichte des Abendlandes und die Entwicklung der Demokratie in Europa kamen darin kaum vor. Geschichte wurde unter Berufung auf Karl Marx in erster Linie als Geschichte von Klassenkämpfen verstanden.

In einer Lehrplananalyse des Bundes der evangelischen Kirchen der DDR im Frühjahr 1989 in Vorbereitung auf den IX. Pädagogischen Kongress heißt es zum Beispiel

- zum Stichwort „Gesellschaft“: „Das Bild der DDR-Gesellschaft war undifferenziert harmonisch dargestellt. Das Wunschbild einer konfliktfreien Gesellschaft war das Leitbild. Das gesellschaftliche Leben wurde als in staatlicher Form organisiert dargestellt.“

- zum Stichwort „Geschichte“: „Geschichte wurde mechanisch als notwendige Entwicklung zum Sozialismus dargestellt. Die DDR in ihrem jeweiligen gegenwärtigen Zustand erschien dann als die einzig mögliche Konsequenz und Endpunkt der deutschen Nationalgeschichte.“
- zum Stichwort „Frieden“: „Der Frieden erschien vor allem als ein durch die Partei- und Staatsführung herbeigeführten Sieg im internationalen Klassenkampf. Schülerinnen und Schüler könnten, so die Unterstellung, durch gute Leistungen an diesem „Kampf“ teilhaben.“
- zum Stichwort „Zukunft“: „Es herrschte eine einseitige Fortschrittsvorstellung vor, die sich orientierte am wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Alternative Zukunftsperspektiven kamen nicht vor. Ökologisches erschien immer unter dem Gesichtspunkt des ökonomisch Machbaren.“¹

¹ Lehrplananalyse des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR von 1989 in Vorbereitung auf den IX. Pädagogischen Kongress der DDR

In anderen Bereichen, etwa dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, ist umgekehrt davon auszugehen, dass der Unterricht in den Schulen der DDR – verglichen mit internationalen Standards – relativ erfolgreich war.²

Als die Schulsysteme in den neuen Bundesländern nach der Wende umgestaltet wurden, ging es aber weniger darum, Defizite zu kompensieren oder Stärken auszubauen, sondern rasch eine rechtliche Angleichung an westdeutsche Bildungsstandards zu erreichen und den Schulabgängern keine Nachteile auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt entstehen zu lassen.

Aber es gab noch ein anderes Problem, als die DDR im Herbst 1989 aus eigener Kraft zusammenbrach³, die Privatisierung des Risikos. Das heißt, eine bis dahin geschlossene Gesellschaft mit eigenen Lebens- und Überlebensregeln entstaatlichte das persönliche Lebensrisiko.

² Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin; Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel; Humboldt-Universität, Berlin, TIMSS – Mathematisch-Naturwissenschaftlicher Unterricht im internationalen Vergleich, Berlin 1977

³ Jan Hofmann, Der politische Druck kommt aus den neuen Bundesländern, In: Jugendarbeit und Schule, 3. Weinheimer Gespräch, Beltz-Verlag Weinheim/Basel 1994, Seite 75

Existenzangst und Arbeitslosigkeit waren fortan keine abstrakten Begriffe mehr aus politischen Wörterbüchern, sondern Symbole einer tatsächlich existierenden Welt. Insofern hat die abrupte Privatisierung des Risikos vermutlich mehr Verunsicherung bewirkt, als es der moderne Rechtsstaat im Gegenzug vermocht hat, Orientierung und Sicherheit zu geben.

Ein Jahr später, am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, wurde das Rechts- und Normsystem der alten Bundesrepublik zu den Konditionen des Einigungsvertrages mit Mehrheitswillen des Volkes in Ost und West auf den Osten Deutschlands übertragen. Damit wurden in einem relativ einmaligen historischen Akt von einem Tag auf den anderen Normen und Lebensregeln gültig, die bis dahin der Bevölkerung des Ostens weder wirklich bekannt waren, geschweige denn als sinnvoll erachtet wurden. Gleichzeitig wurde ein Großteil der östlichen Lebens- beziehungsweise Überlebensrituale entwertet. Östliche Erfahrungen hatten das gleiche Schicksal wie die Ostprodukte in den Läden: Sie fanden zunächst keine Nachfrage.

Darüber hinaus bedeutete die Stichtagumstellung auch, dass inhaltliche und strukturelle Probleme der alten Bundesrepublik, etwa der endlose Streit über die Vor- und Nachteile des gegliederten Schulsystems versus Gesamtschule, über Nacht nun auch in den Osten gelangten.

Die Chance, aus zwei verschiedenen und unterschiedlich unzulänglichen Systemen ein zeitgemäßes neues System zu entwickeln⁴, wurden zunächst nicht genutzt.

Hinzu kamen die enormen eruptionsartigen Verwerfungen, die mit den beiden Begriffen „demografische Entwicklung“ (Schülerzahlen reduzieren sich 1991 auf ca. ein Drittel des DDR-Wertes) und „Bildungsexpansion“ (bis zu 50 % eines Altersjahrgangs wünscht sich den Weg zum Abitur) umrissen werden können.

Besonders kompliziert wirkte sich diese Entwicklung durch die unterschiedlichen psychologischen Dispositionen der mehr als 100 000 Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Bundesländern aus.

Deren Ausbildungs- und Erfahrungswelt war das DDR-Bildungssystem. Unabhängig von der individuell sicherlich sehr unterschiedlichen Distanz zum politischen System der DDR war die Wende im Herbst 1989 für viele von ihnen zunächst ein irritierendes Ereignis. So haben auch viele Lehrerinnen und Lehrer die neuen Macht- und Entscheidungsstrukturen mit der gleichen Optik wahrgenommen wie schon die alten.

⁴ Jan Hofmann, Die Selbständigkeit der Schule liegt im Speckpolster des Staates – Plädoyer für eine selbständige Schule in einem schlanken Staat, In: Pädagogische Zukunftsentwürfe, Festschrift zum 70. Geburtstag von Wolfgang Klafki, Leske und Budrich, Opladen 1997, S. 211

Lange eingeübte erfolgreiche Handlungsstrategien, wie zum Beispiel „nicht auffallen“ oder „mit dem Strom schwimmen“ als äußerst praktikable Verhaltensweisen auch in der neuen Zeit erfahren werden.

Heute, 20 Jahre nach der Wende, besteht m. E. erstmals die Möglichkeit, im Bildungsbereich neue gemeinsame Wege zu finden. Ausgelöst durch die nationalen und internationalen Schulleistungstudien (PISA und TIMSS, VERA etc.) und durch eine Renaissance von Elementen der DDR-Pädagogik arbeiten die Länder daran, überschaubarere Bildungsstrukturen und einheitlichere und verbindlichere Standards zu finden.

Hier sind wir bei Hegel: „Je stärker die Negation, desto kräftiger drängt sich das Negat immer wieder auf.“

Fazit: Schulische Veränderungsprozesse benötigen Zeit und sind nur machbar mit den Menschen, die in den jeweiligen Regionen leben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

20 Jahre friedliche Revolution bedeuten auch Reflexion auf die eigene individuelle Entwicklung. Nach einer Studie von Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld sehen 63 % der Ostdeutschen ihre Leistungen zu wenig gewürdigt.

Lediglich 13 % der Westdeutschen stimmen dieser Aussage zu. Das lässt vermuten: Wir leben zwar in einer staatlichen Einheit, aber oft noch in sehr unterschiedlichen Welten.

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg fühlt sich seit seinem Bestehen am 1. Januar 2007 mitverantwortlich für die Gestaltung der Bildungsregion Berlin-Brandenburg und für die Herstellung der inneren Einheit bei seiner Belegschaft.

Deshalb ist das LISUM bildungspolitischer Akteur, das sich dem Themenbereich „Deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte“ in besonderer Weise verpflichtet fühlt. So sind die Rahmenlehrpläne für Geschichte in Berlin und Brandenburg bundesweit im Vergleich mit anderen Ländern Maßstab setzend.

Seit Jahren gibt es eine fruchtbare Zusammenarbeit mit nahezu allen außerschulischen und schulischen Institutionen, die sich der historischen-politischen Bildung verpflichtet fühlen. Einige von Ihnen sind heute hier in Workshops vertreten.

Die Tagung will den Bogen spannen zwischen der Herrschaft des Systems auf der einen Seite und dem individuellen alltäglichen Leben in der DDR.

Die Workshops werden sich mit verschiedenen Facetten dieses Spannungsbogens beschäftigen.

Danksagung:

An dieser Stelle möchte ich den beiden Hauptorganisatoren dieser Tagung

- Frau Dr. Irina Mohr, Leiterin des Forums Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung und
- Dr. Christoph Hamann aus meinem Hause, die die Tagung vorbereitet haben ganz herzlich danken.

- Ich danke ferner allen Referenten, die sich bereit erklärt haben, in den Workshops aktiv zu werden.

- Mein besonderer Dank gilt Prof. Sabrow vom Zentrum für Zeithistorische Forschungen aus Potsdam,
- Prof. Jens Reich, wichtiger Akteur der Friedlichen Revolution von 1989,

- Dr. Martina Weyrauch, Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung,
- Prof. Bodo von Borries als einer der namhaftesten Geschichtsdidaktiker in Deutschland.
- Mein besonderer Dank gilt ferner allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zahlreichen Berliner und Brandenburger Museen, Gedenkstätten und Institutionen, die Ihren Erfahrungen und ihre fachliche Expertise in der Workshops einbringen. Stellvertretend für sie möchte ich nennen:

Bundesbeauftragte für die Unterlagen der DDR-Staatsicherheit (Marianne Birthler),

Berliner Landesbeauftragten (Martin Gutzeit),

die Gedenkstätte Berliner Mauer oder die

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.

Ich wünsche der Tagung einen guten Verlauf und Ihnen heute Abend mehr selbstreflexive Einsichten als Sie sie heute Morgen hatten.